



NIEDERSCHRIFT

über die 6. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 02.02.2010,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:50



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch



Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender



Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Marika Denzer

(Stadtbauamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Udo Hans

(Amt für Recht, Ordnung und Umwelt)

Michael Heder

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Richard Nerding

(Rechnungsprüfungsamt)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Petra Bechtold

(Ortsvorsteherin Dammheim)

Rudolf Boesche

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Martin Gensheimer

(Ortsvorsteher Arzheim)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Horst Pede

(Leiter Pressestelle)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

SPD

Natascha Walz

Bündnis 90/Die Grünen

Alexander Ellinghaus



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat darum, den Punkt 4 der nichtöffentlichen Sitzung in den öffentlichen Teil als Tagesordnungspunkt 13 zu nehmen. Die Vorlage sei versehentlich in den nichtöffentlichen Teil gekommen.

Der Stadtrat stimmte dem einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ausweisung eines kleinen Neubaugebietes an der Nord-/Ostecke Godramsteins
Vorlage: 101/061/2010
3. Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: 300/023/2010
4. Neuwahl des Hauptausschusses, Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege und des Schulträgerausschusses
Vorlage: 101/063/2010
5. Neubesetzung des Verwaltungsrates EWL
Vorlage: 101/064/2010
6. Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 060/004/2009
7. Beschaffung von Endgeräten für den Digitalfunk; Vertrag über den Erwerb und die Förderung von digitalen Endgeräten mit dem Land Rheinland-Pfalz
Vorlage: 150/003/2010
8. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 230/014/2009
9. Sanierung und Renovierung des naturwissenschaftlichen Technikums Landau in der Pfalz, Königstraße 18
Vorlage: 230/019/2009
10. Berichtigung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/023/2009
11. Stadtumbaugebiet "Östliche Innenstadt"; Aufstellungsbeschluss der Stadtumbausatzung für den Bereich "Rosenplatz" gemäß § 171 d BauGB zur Sicherung und sozialverträglichen Durchführung von Stadtumbaumaßnahmen
Vorlage: 610/032/2010
12. Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr gemäß § 36 Landesstraßengesetz



Vorlage: 680/019/2010

13. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung.

Vorlage: 200/013/2010

14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt war nichts zu protokollieren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ausweisung eines kleinen Neubaugebietes an der Nord-/Ostecke Godramsteins

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 19. Januar 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Kern begründete den Antrag. Immer mehr bauwillige Bürger würden Godramstein verlassen und in die Umlandgemeinden gehen. Der Flächennutzungsplan weise seit vielen Jahren eine Arrondierung als Abrundung an der Nord-/Ostecke Godramsteins aus. Kriterien, die dagegen sprächen, habe man in Godramstein nicht. Die vorhandenen einzelnen Bauplätze würden nicht ausreichen. Im Ortskern gebe es so gut wie keine Leerstände, außerdem seien auch kaum Bauplätze im Innenbereich vorhanden. Aus diesem Bedarf heraus habe die CDU-Fraktion diesen Antrag eingereicht. Es gehe hier ja nicht um ein großes neues Baugebiet, sondern lediglich um eine Abrundung einer Fläche von ca. 2 Hektar. Dies ergebe etwa 20 bis 25 Bauplätze. Es gehe hier um eine Einzelfallentscheidung.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er die Begründung durchaus nachvollziehen könne. Godramstein sei ein attraktives Dorf. Allerdings sehe er hier keine Einzelfallentscheidung, sondern eine grundsätzliche Richtungsentscheidung für die Stadt. Man stelle die Weichen für die zukünftige Entwicklung. Es gehe darum, heute die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Landau sei langfristig nicht von der demographischen Entwicklung abzukoppeln. Das besondere an Landau sei die dörfliche Struktur. Daher müsse die besondere Aufmerksamkeit darauf gerichtet sein, die innerörtliche Entwicklung zu stärken. Die Dörfer stärke man nicht, in dem man immer neue Baugebiete ausweise. Aus dieser Überlegung heraus habe der Stadtrat vor Jahren die Grundsatzentscheidung getroffen, nach Nußdorf und Mörlheim keine weiteren Baugebiete mehr auszuweisen. Bevor man eine solche weitreichende Entscheidung treffe, sollte man im Bauausschuss das Für und Wider abwägen. Ansonsten kämen sicher auch Ansprüche aus den anderen Ortsteilen.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, er habe großes Verständnis für die Anliegen der Stadtteile. Die SPD-Fraktion stimme überein, dass in den Stadtteilen noch was gehen müsse. Hierzu gehöre auch, dass es Arrondierungen geben müsse. Man wolle auch alle Möglichkeiten nutzen, die der Nachverdichtung diene. Den Begriff Arrondierung wolle er eng sehen. Dies bedeute, dass es kein neues Baugebiet sein dürfe. Mehr als 20 Bauplätze seien aber schon ein kleines Baugebiet. Für die SPD-Fraktion habe die Nachnutzung von alten Gebäuden Vorrang. Es sei weder volkswirtschaftlich noch umweltpolitisch sinnvoll, neue Flächen zu versiegeln. Er sehe es wie der Oberbürgermeister, dass ein Beschluss für diese Arrondierung einen Dammbruch für die anderen Ortsteile auslösen könne. Dies führe ganz sicher zu Nachfolgediskussionen. Genau diese Diskussion heute, bestärke die SPD in ihrer Haltung dass man ein Baulückenkataster für Landau und die Ortsteile brauche. Er schlage vor, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Schröer war der Auffassung, dass 20 bis 25 Bauplätze für eine Arrondierung zu groß sei. Für die Grünen gehe Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Daher lehne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion diesen Antrag ab.

Ratsmitglied Volkhardt befürwortete den Antrag der CDU-Fraktion. Dieses kleine Baugebiet widerspreche seiner Auffassung nach nicht der Innenentwicklung. Nicht jeder wolle ein altes Haus in einem Ortskern sanieren. Man sollte versuchen, allen Wünschen gerecht zu werden. Die FWG sei schon immer für kleine Baugebiete in angemessener Größe gewesen und werde folglich dem Antrag der CDU zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel sah die Dörfer im Außenbereich der Stadt Landau immer in Konkurrenz zu den Kreisgemeinden. Wenn die Kreisgemeinden Baugebiete ausweisen, bestehe die Gefahr dass junge Menschen aus den Stadtdörfern abwandern. Dies schwäche die Vereine innerhalb der Stadtdörfer. Er



sehe es genau wie Herr Volkhardt, dass nicht jeder einen Altbau sanieren wolle. Ein solches kleines Baugebiet biete auch die Chance, dass junge Leute wieder in den Stadtteil zurückkehren. Die FDP-Stadtratsfraktion werde dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Marquardt teilte mit, dass die UBFL-Stadtratsfraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Für ihn spiele auch die Kostenfrage eine Rolle. Zudem sei es angebracht, rücksichtsvoller mit Flächen umzugehen.

Ratsmitglied Kern gab zu bedenken, dass in der ganzen Südpfalz fast alle Dörfer neue Baugebiete ausweisen würden. Dies widerspreche dem, was der Oberbürgermeister hier gesagt habe. Man habe eine veränderte Wohnkultur zur Kenntnis zu nehmen. Es könne doch nicht sein, dass man bauwillige Bürger in die Randgemeinden abwandern lasse. Godramstein habe nicht die riesigen Innenflächen, die in zweiter Reihe bebaut werden könnten. Natürlich könne man keine Garantie geben, dass nur Godramsteiner diese Grundstücke kaufen. Er bitte darum, heute eine Grundsatzentscheidung zu treffen. Ansonsten würde man zuviel Zeit verlieren.

Der Vorsitzende entgegnete, dass nicht die Stadt Landau verliere, sondern die Kreisgemeinden. Landau sei gewachsen in den letzten Jahren, dass seien die Fakten. Die Ausweisung der großen Baugebiete in den Kreisgemeinden schade der Kulturregion, die Tourismuszentrum werden wolle. Mit neuen Baugebieten schaffe man immer neue Infrastrukturbedürfnisse, die in 50 Jahren keiner mehr brauche. Innenentwicklung vor Außenentwicklung sei die klare Devise in allen Fachkreisen. Daher bitte er dringend, dieses Thema im Bauausschuss zu beraten.

Ratsmitglied Schwarzmüller war der Meinung, dass man nicht alles nachmachen müsse was andere Gemeinden vormachten. Der Stadtrat werde unglaublich, wenn man diesem Antrag heute zustimme und sich damit gegen den eigenen Grundsatzbeschluss stelle.

Ratsmitglied Ludwig erinnerte nochmals daran, dass es diesen Grundsatzbeschluss des Stadtrates gebe, um den man damals lange gerungen habe. Jetzt führe man hier eine Fachdiskussion, die ganz klar in den Bauausschuss gehöre.

Ratsmitglied Heuberger gab zu bedenken, dass man vor Jahren auch eine grundsätzliche Entscheidung getroffen habe, in Landau keine hochwertigen Baugebiete mehr auszuweisen. Dies habe man hinterher bedauert und als falsch erkannt und dann entsprechend korrigiert. Gerade für Menschen, die etwas außerhalb aber dennoch in der Stadt leben wollten, habe man derzeit so gut wie keine Angebote. Das künftige Baugebiet im Wohnpark Am Ebenberg entspreche ganz anderen Ansprüchen. Man wäre für die Zukunft gut beraten, diesen Zug auf die Schiene zu stellen.

Ratsmitglied Volkhardt bat darum, den damaligen Grundsatzbeschluss zuzustellen. Er kenne diesen Beschluss nicht.

Ratsmitglied Kautzmann fand, dass die Diskussion eine Dimension erreicht habe in der es um Sein oder Nichtsein gehe. Man sollte das ganze wieder auf die Größe reduzieren, um die es gehe. Und diese Größe sei überschaubar und verantwortbar. Er sei auch dafür, keine neuen großen Baugebiete mehr auszuweisen. Dies hier sei die obere Grenze. Der Grundsatzbeschluss könne nicht bedeuten, dass man nun keine Arrondierungen mehr mache. Die CDU stehe ganz klar zur Position, keine größeren Baugebiete mehr auszuweisen.

Ratsmitglied Dr. Leydecker gab zu bedenken, dass man zwar Baugebiete aber keine Bauherren konservieren könne. Bauherren würden ganz sicher keine 6 oder 7 Jahre warten. Entweder es gibt in Godramstein einen Bauplatz oder er baut woanders.

Ratsmitglied Dr. Kopf entgegnete auf die Ausführungen von Herrn Kautzmann, dass es ja auch um Gerechtigkeit und Gleichbehandlung der Stadtteile gehe. Man könne doch nicht Godramstein 25



Bauplätze zugestehen und den anderen nicht. Er verstehe hier die Logik der CDU nicht. Es werde hier ganz sicher eine Kettenreaktion geben.

Ratsmitglied Eisold empfand den Antrag unabhängig von der grundsätzlichen Diskussion als zu ungenau. Was genau sei der Nordosten von Godramstein ?

Ratsmitglied Eichhorn erklärte, dass der Antrag ja nicht wie Phönix aus der Asche käme. Dieses Baugebiet sei ja im Flächennutzungsplan ausgewiesen. Dies sei eine Selbstbindung der Gemeinde. Daher hätten die Godramsteiner diesen Antrag einfach gestellt, weil ja eine Rückendeckung aus dem Flächennutzungsplan vorhanden sei.

Ratsmitglied Hott ergänzte, dass man den Flächennutzungsplan ja schon ein paar Mal fortgeschrieben habe. Im Kern jedoch sei er nach wie vor gültig. Man müsse die Kriterien für diesen Antrag sehen. Godramstein habe keine Baulücken und keine Leerstände. Im Detail werde das ganze hier ja noch erarbeitet. Im Grundsatz könne man den Antrag aber so abstimmen, was er hiermit auch beantrage.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 22 Ja-, 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

die Ausweisung des Arrondierungsgeländes an der Nord-/Ostecke Godramsteins (Max-Slevogt-Straße) als kleines, überschaubares Neubaugebiet aufzunehmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 22. Januar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

entsprechend der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage die Änderung der Geschäftsordnung vom 25.8.2009.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Neuwahl des Hauptausschusses, Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege und des Schulträgerausschusses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 21. Januar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt aufgrund des dieser Sitzungsvorlage in der Anlage beigefügten gemeinsamen Wahlvorschlags aller im Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz vertretenen politischen Gruppen die Mitglieder des Hauptausschusses, des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege und des Schulträgerausschusses.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Neubesetzung des Verwaltungsrates EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 26. Januar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt Herrn Jürgen Thomas, Annweilerstraße 29 b, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Verwaltungsrat des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs AöR.

Als erste Vertreterin wählt der Stadtrat Frau Katrin Scheitler, Albrecht-Dürer-Straße 8, 76829 Landau in der Pfalz.

Als weitere Vertreter wählt der Stadtrat

- 1. Herrn Peter Heuberger**
- 2. Herrn Andreas Hott**
- 3. Herrn Theo Kautzmann**
- 4. Herrn Wolfgang Kern**
- 5. Herrn Peter Lerch**
- 6. Herrn Rolf Morio**
- 7. Frau Dorothea Müller**
- 8. Herrn Sandro Zandonella**

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Landau in der Pfalz

Den Vorsitz bei diesem Tagesordnungspunkt führte Ratsmitglied Scharhag als ältestes anwesendes Ratsmitglied.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 4. Januar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe sich in zwei Sitzungen am 11. November und 10. Dezember 2009 eingehend mit der Eröffnungsbilanz beschäftigt und dem Stadtrat die Feststellung der Eröffnungsbilanz empfohlen.

Ratsmitglied Marquardt erkundigte sich nach der Größe der städtischen Waldfläche. Er bezweifle, dass diese Zahl stimme. Dies müsste doch eindeutig mehr sein.

Herr Messemer erläuterte, dass der Stadtwald rund 2.500 Hektar Fläche und einen Wert von 11,9 Millionen Euro habe.

Der Vorsitzende war der Meinung, dass dies eine Einzelfrage sei, die bestimmt gesondert von der Verwaltung beantwortet werden könne. Im übrigen sei ja das gesamte Paket durchgesprochen worden. Am Gesamtvolumen ändere das aber nichts.

Ratsmitglied Heuberger erklärte, dass wohl die Fläche offensichtlich falsch sei. Der Wert des Waldes sei jedoch korrekt, so dass die Bilanz stimme.

Ratsmitglied Hott sah hier lediglich eine redaktionelle Änderung. Entscheidend sei, dass es bilanziell stimme und das sei hier der Fall. Er bitte die Verwaltung, die Fläche entsprechend zu korrigieren.

Ratsmitglied Marquardt machte deutlich, dass er den Beschlussvorschlag ablehnen werde. Eine Eröffnungsbilanz sei etwas elementares und von großer Wichtigkeit für künftiges Handeln und Entscheidungen. Eine Prüfung der Bilanz sei nur teilweise möglich gewesen. Zur Bilanz gehöre auch ein Anhang. Dieser Anhang habe zum Zeitpunkt der Prüfung nicht vorgelegen, was aus dem Bericht zur Eröffnungsbilanz hervorgehe. Die UBFL habe externe Sachverständigen gewünscht. Er bedauere sehr, dass dies nicht gemacht worden sei. Daher werde die UBFL-Stadtratsfraktion der Eröffnungsbilanz nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 1 Nein-Stimme:

die Feststellung der Eröffnungsbilanz sowie den dazugehörigen Anhang.

Der Oberbürgermeister übernahm nach der Abstimmung wieder den Vorsitz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Beschaffung von Endgeräten für den Digitalfunk; Vertrag über den Erwerb und die Förderung von digitalen Endgeräten mit dem Land Rheinland-Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz vom 26. Januar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröder wollte wissen, warum hier 70.000 Euro investiert werden müssten. Dies müsste doch schon länger bekannt sein.

Frau Baumstark erläuterte hierzu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Dem Abschluss des „Vertrages über den Erwerb und die Förderung von digitalen Endgeräten zum Einsatz im digitalen Sprech- und Datenfunksystem der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Rheinland Pfalz“ zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und dem Land Rheinland-Pfalz wird zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 70.000 € werden im Jahr 2009 als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2012 gemäß § 102 Abs. 1 Satz 2 GemO bereitgestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2010

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 18. November 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Beigeordneter Klemm als zuständiger Dezernent erläuterte die Vorlage.

Ratsmitglied Marquardt vertrat die Auffassung, dass die Verwaltung ohne Not auf Einnahmen verzichte. Man habe eine Jagdpacht ohne Ausschreibung weiterverpachtet und damit auf mögliche höhere Pachteinahmen verzichtet. Dies sei für die Landauer Bürger nicht nachvollziehbar.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies ein sehr sensibles Thema sei. Er könne sich noch gut erinnern, dass eine Jagdpacht vergeben war, die nichts als Ärger eingebracht habe.

Beigeordneter Klemm erklärte, dass dies immer wieder dieselbe Diskussion sei. Man müsse nicht immer alles wiederholen. Bei einer Ausschreibung erhalte man nicht mal die Hälfte dessen, was jetzt bezahlt werde.

Ratsmitglied Kautzmann war der Meinung, dass es keine Alternativen zu den derzeitigen Pächtern gegeben habe. Es habe gar keine anderen Interessenten gegeben.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 1 Nein-Stimme:

den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2010 in der vom Forstamt vorgelegten Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Sanierung und Renovierung des naturwissenschaftlichen Technikums Landau in der Pfalz, Königstraße 18

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 7. Januar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Eichhorn bat darum, bei den Auftragsvergaben die heimische Wirtschaft zu berücksichtigen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Sanierung und Renovierung des Naturwissenschaftlichen Technikums Landau (NTK) wie folgt vorzunehmen:

- **Flachdachsanierung des Rückgebäudes**
- **Übergehung und Reparatur der übrigen Dachflächen**
- **Fensterarbeiten im Hauptgebäude (Königstraße)**
- **Erneuerung der Heizungsinstallationen im Hauptgebäude.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Berichtigung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 23. November 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Teilausschnitt des Flächennutzungsplanes (Anlage) im Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes C 31 „Lebensmittelmarkt Haardtstraße 2“ gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB zu berichtigen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Stadtumbaugebiet "Östliche Innenstadt"; Aufstellungsbeschluss der Stadtumbausatzung für den Bereich "Rosenplatz" gemäß § 171 d BauGB zur Sicherung und sozialverträglichen Durchführung von Stadtumbaumaßnahmen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 7. Januar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es gebe die Grundsatzentscheidung, die Ostbahnstraße zum Boulevard auszubauen. Hierzu gehöre auch der Teilbereich Rosenplatz. Das Ostringcenter sei gewiss kein architektonisches Highlight. Man wolle hier einen Platz herstellen, das gehe aber nur einvernehmlich mit denen, die da gewerblich tätig seien.

Ratsmitglied Ludwig sah die Gestaltung des Rosenplatzes als Konsequenz aus der Konzeption zum Boulevard Ostbahnstraße. Die SPD-Stadtratsfraktion werde daher dem Beschlussvorschlag zustimmen. Das Ostringcenter sei ja nun nicht sehr ansehnlich. Er erinnere aber an die guten Vorschläge der Studenten zur Umgestaltung der Fassade des Ostringcenters. Das Ostringcenter sei der Gipfel der Geschmacklosigkeit.

Ratsmitglied Eichhorn erklärte, dass auch die CDU-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Der Rosenplatz sei ein wertvolles Scharnier an der Nahtstelle Ostring/Ostbahnstraße. Dieses Scharnier sollte man visuell öffnen. Daher sollte man dieses Gebäude dort wegnehmen, ein Gebäude das heute so nicht mehr gebaut werden würde. Wichtig sei, dass die Stadt hier das Gesetz des Handelns behalte.

Der Vorsitzende betonte, dass Stadtentwicklung ein ständiger Prozess sei. Daher werde es immer mal wieder solche Bausünden geben, die man im Laufe der Zeit korrigiere.

Ratsmitglied Brunner erinnerte daran, dass der Plan für die Umgestaltung der Ostbahnstraße zum Boulevard Ostbahnstraße mit breiter Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet worden sei. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Leydecker vertrat eine andere Auffassung. Aus seiner Sicht sei das Gebäude technisch, sozial und wirtschaftlich funktionierend. Ein Abriss würde aus seiner Sicht jeder volkswirtschaftlichen Vernunft widersprechen. Er werde der Vorlage nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja-, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Teilbereich „Rosenplatz“, (genaue Umgrenzung siehe Anlage 2), des Stadtumbaugebietes „Östliche Innenstadt“ (Anlage 1) eine Satzung zur Sicherung der Durchführung von Stadtumbaumaßnahmen gemäß § 171 d BauGB aufzustellen und den Aufstellungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr gemäß § 36 Landesstraßengesetz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 19. Januar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Prokop wollte wissen, warum die Widmung immer nur in so kleinen Schritten und nicht in größeren Abständen erfolge.

Herr Heder erläuterte hierzu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Gemäß § 36 des Landesstraßengesetzes für Rheinland-Pfalz (LStrG) werden die in der Anlage 1 aufgeführten Verkehrsflächen als Gemeindestraßen (§ 3 Nr. 3a LStrG) dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die hierin genannten Flächen sind in den beiliegenden Lageplänen, die Bestandteil der Sitzungsvorlage sind, gekennzeichnet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 20. Januar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende berichtete über die geplanten Veranstaltungen zum 50-jährigen Partnerschaftsjubiläum Landau-Ribeauvillé. Ziel sei ein erfolgreiches Festjahr, das in der Bevölkerung verankert sei. Geplant sei eine offizielle Fahnenübergabe am Grenzübergang in Lauterbourg Mitte März. Der offizielle Festakt finde am 3. Oktober 2010 im Alten Kaufhaus statt. Eine dritte Säule seien Begegnungen der Vereine, insbesondere der Sportvereine mit sportlichen Wettkämpfen und Freundschaftsspielen.

Ratsmitglied Scharhag erklärte, dass sich bisher schon 10 Vereine gefunden hätten, die mit Ribeauvillé solche Wettkämpfe durchführen möchten.

Der Vorsitzende ergänzte, dass es auch Schüleraustausche geben werde. Am 28. August 2010 werde der offizielle Festakt in Ribeauvillé stattfinden. Er bitte, dass sich möglichst viele Ratsmitglieder an der Fahrt nach Frankreich beteiligen.



Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 02.02.2010 umfasst 19 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 144.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete